

Deutlich mehr Übernachtungen

Basel kann nicht mithalten

Neuenburg. Schweizer Hoteliers können auf einen erfreulichen Jahresstart zurückblicken. Im Januar stieg die Zahl der Logiernächte in der Hotellerie um 5,2 Prozent auf insgesamt 2,7 Millionen. Die Zahlen müssen allerdings relativiert werden. Vor einem Jahr waren die Übernachtungen aufgrund des milden Winters und des Schneemangels um 6,8 Prozent auf insgesamt 2,6 Millionen eingebrochen. Die Basis für die aktuellen Zahlen war daher tief. Der aktuelle Zuwachs kommt deswegen einer Stabilisierung im Vergleich zu den letzten drei Jahren gleich, wie es beim Bundesamt für Statistik (BFS) auf Anfrage heisst. Ausserdem wurden erstmals die Logiernächte von vierzehn Jugendherbergen erfasst. Ohne diese Übernachtungen wären die Logiernächte um 3,7 Prozent angestiegen. Der Monat Januar ist generell für den Tourismus im Gegensatz etwa zu den Monaten Juli und August kein besonders wichtiger Monat. Veränderungen der Wetterverhältnisse oder Verschiebungen bei den Ferientagen von einheimischen oder ausländischen Gästen schlagen sich jeweils in den Zahlen nieder.

Insgesamt 1,4 Millionen Übernachtungen gingen im Januar auf das Konto der ausländischen Gäste. Das entspricht einem Anstieg um 4,8 Prozent. Mit inländischen Gästen generierten die Hotels 1,3 Millionen Logiernächte oder ein Plus von 5,5 Prozent, wie das BFS am Dienstag mitteilte. Der Anteil der Schweizer Gäste lag bei 49,4 Prozent.

Bergregionen legen zu

Aufgeschlüsselt nach Regionen verzeichneten Graubünden (+8,9 Prozent), das Wallis (+7,3 Prozent), Bern (+7,7 Prozent) sowie Luzern (+6,5 Prozent) ein überdurchschnittliches Wachstum. Unterdurchschnittlich war der Zuwachs etwa im Tessin (+2,7 Prozent) oder im Kanton Zürich (+2,1 Prozent). In einigen Regionen, so auch in Basel-Stadt (-7,7 Prozent) oder im Jura (-17 Prozent), sanken die Übernachtungszahlen sogar sehr deutlich.

Unter den vom Bundesamt für Statistik ermittelten wichtigen Skiregionen in der Schweiz besonders deutlich zulegen konnten St. Moritz (+16,6 Prozent), Davos (+12 Prozent) und Zermatt (+6,9 Prozent). Die drei Destinationen wiesen dabei einen sehr unterschiedlich hohen Anteil von Schweizer Gästen aus: In St. Moritz waren es gerade mal gut 28 Prozent, in Zermatt waren es fast 46 Prozent und in Davos über 60 Prozent. SDA



Die Leerbestände steigen. Warteschlange bei der Besichtigung einer Musterwohnung in Zürich (2016). Foto Keystone

Bessere Zeiten für Mieter

Wohneigentum wird gemäss CS-Studie zur «Fata Morgana»

Zürich. Die gestern veröffentlichte jüngste Studie der Credit Suisse (CS) zum Immobilienmarkt sagt Wohnungsmietern bessere Zeiten, Vermietern jedoch höhere Risiken voraus. Der Mietwohnungsmarkt steuert laut Studie «ungebremst in den Abschwung». Obwohl die Zahl der Leerwohnungen ansteige, werde weiter in den Schweizer Immobilienmarkt investiert, was wiederum den Bau von weiteren Mietwohnungen ankurble. «Motor dieser Entwicklung» seien die Negativzinsen. In Immobilien zu investieren, erscheine in dieser Situation attraktiv.

Aber: Je länger dieser Run dauere, «desto stärker untergräbt er sein eigenes Fundament», schreiben die CS-Ökonomen in ihrer Studie: Die Leerbestände stiegen ungebremst, der Wettbewerb um Mieter werde sich entsprechend verschärfen. Dies dürfe die Mieter freuen, weil sie einfacher eine Wohnung fänden, die erst noch günstiger sei. Anders sei die Situation für Wohneigentum. Hier sei kein Überangebot vorhanden, die Preise dürften nicht weiter ansteigen, sondern gar leicht sinken.

Die tiefen Hypothekenzinsen seien für viele Kaufwillige verführerisch, sie

seien jedoch «eine Fata Morgana», warnen die Studienautoren. Aufgrund des erreichten Preisniveaus und der strengeren Finanzierungsrichtlinien liege ein mittleres Neubauprojekt für einen durchschnittlichen Schweizer Haushalt ausser Reichweite.

Mikro-Wohnungen als Lösung

Zwar könne man immer noch auf einfachere Wohnungen oder ältere Eigentumswohnungen ausweichen. Aber auch von diesen Objekten sei mittlerweile etwa jedes zweite für Normalverdiener unerschwinglich.

Obwohl sie seit einigen Jahren stagniert, ist die häufigste Wohnform in der Schweiz der Einpersonenhaushalt. Er macht heute gemäss CS-Studie 35 Prozent aller Haushalte aus. Vor allem Senioren und junge Erwachsene lebten häufig allein. Namentlich Letztere wählten diese Wohnform meist bewusst und auch wenn sie einen Partner oder eine Partnerin hätten.

Eine hierzulande noch weitgehend unbekannt Form des Single-Haushalts ist laut Studie die Mikrowohnung. Hierbei handelt es sich um kleinste Wohneinheiten, technisch perfekt ausgerüstet und ergänzt mit «Frei-

Haus»-Dienstleistungen wie Putzen, Waschen, Verpflegung und dergleichen. Die Studienautoren bezeichnen diese Wohnform als mögliche Lösung der Platzprobleme in den grossen Zentren. Entscheidend für den Erfolg seien eine zentrale Lage und eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Die Enge des privaten Raums werde idealerweise erweitert durch Gemeinschaftsflächen wie Dachterrasse, Grillplatz oder Gemeinschaftsküche.

Im Weiteren geht die CS-Studie auf das Thema Büroflächenmarkt ein. Gekennzeichnet sei die Situation durch steigende Leerbestände und sinkende Mieten, allerdings verlangsamte sich hier der Abschwung. Gebaut werde vor allem für den Eigenbedarf, an sehr guten Lagen und vermehrt in grossen Zentren. Insgesamt dürfte das Überangebot kaum zurückgehen. Die Leerbestände verlagerten sich bloss auf schlecht erreichbare Gegenden oder veraltete Büroflächen. Für die Vermieter dürfte sich laut Studie die Situation in den Zentren verbessern, ausserhalb setzten aber die Mieten «ihren Sinkflug fort». Die langfristigen Perspektiven für die Nachfrage nach Büroflächen seien unsicher. SDA

Nachrichten

Marketingchef verlässt Manor-Geschäftsleitung

Basel. Der Marketingverantwortliche bei Manor, Alex Sabbag, hat die Manor-Geschäftsleitung im Januar verlassen. Das Unternehmen bestätigte damit auf Anfrage der BaZ einen entsprechenden Bericht von *Blick*. Wie *Blick* weiter vermeldete, ging der Umsatz von Manor 2016 zwischen zwei und zweieinhalb Prozent auf rund 2,57 Milliarden Franken zurück. lam

Devisenreserven der SNB deutlich angestiegen

Bern. Die Devisenreserven der Schweizerischen Nationalbank (SNB) haben im Februar zugenommen. Ende Monat lag der Wert bei 668,2 Milliarden Franken, nachdem es Ende Januar noch 643,9 Milliarden Franken waren. Der Gesamtbestand der Reserven ohne Gold erreichte Ende Februar 673,9 Milliarden, nach 649,6 Milliarden Franken im Vormonat, wie die SNB gestern mitteilte. SDA

Logitech entzückt Aktionäre mit Ausblick

New York. Der Computerzubehör-Hersteller Logitech hat an einem Investorentag seine Aktionäre umworben – mit Erfolg. An der Börse kamen der Ausblick und die Ankündigung eines Aktienrückkaufprogramms im Umfang von 250 Millionen Dollar gut an. Zudem bestätigte Logitech die Prognose für das Geschäftsjahr 2016/2017. Demnach wird weiterhin mit einem operativen Gewinn von 225 bis 230 Millionen Dollar gerechnet. SDA

Goldbach Group steigert Umsatz und Gewinn

Küsnacht. Die Werbevermarkterin Goldbach Group hat 2016 den Umsatz und den Gewinn steigern können. Die Gruppe setzte 496 Millionen Franken um, wie das Unternehmen mitteilte. Dies entspricht einem Wachstum von 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Reingewinn erhöhte sich um 25,1 Prozent auf 8,8 Millionen Franken und das Betriebsergebnis konnte auf 32,5 Millionen Franken gesteigert werden (+15,6 Prozent). SDA

Engere Zusammenarbeit von Media Markt und Aljo

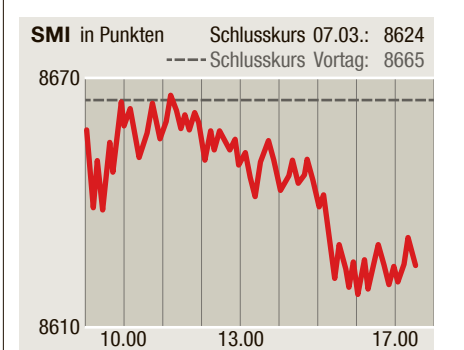
Zürich. Das IT-Logistikunternehmen Aljo erweitert die Zusammenarbeit mit Media Markt. Ab Mitte 2017 wird Aljo das gesamte Media-Markt-Zentrallager übernehmen und von dort alle stationären Filialen der Schweiz bedienen, wie Aljo gestern mitteilte. SDA

Wirtschaft in Euro-Zone hält ihr Wachstumstempo

Brüssel. Die Wirtschaft in der Euro-Zone hat Ende 2016 ihr Tempo gehalten. Das Bruttoinlandsprodukt legte von Oktober bis Dezember zum Vorquartal um 0,4 Prozent zu, wie Eurostat gestern mitteilte. SDA

Börse

Pharma-Titel belasten



Zürich. Der Aktienmarkt hat den Handel gestern mit leichten Verlusten beendet. Der Swiss Market Index (SMI) schloss 0,47 Prozent tiefer bei 8623,97 Punkten. Der breite Swiss Performance Index (SPI) lag mit 0,31 Prozent im Minus bei 9507,79 Zählern. Grösste Verlierer waren Novartis (-1,6 Prozent), aber auch Roche (-0,8 Prozent) zogen den Leitindex massgeblich mit nach unten. SDA

Freiwillige Massnahmen statt Quoten

Der Frauenanteil an der Spitze der Schweizer Wirtschaft bleibt nach wie vor tief

Zürich. Der Frauenanteil in den Geschäftsleitungen von Schweizer Unternehmen wächst stärker als in den Verwaltungsräten. Insgesamt sind die Frauen in den Führungsebenen von Schweizer Unternehmen allerdings immer noch deutlich untervertreten. Rund ein Fünftel der Vakanzen in den Geschäftsleitungen der 100 grössten Firmen wurde 2016 mit Frauen besetzt, wie der jährlich publizierte *Schilling-report* von gestern zeigt. Insgesamt stieg der Frauenanteil bei den Grosskonzernen damit von sechs auf acht Prozent und damit gleich stark wie in den gesamten zehn Jahren zuvor.

Bei den mittelständischen Unternehmen liegt die Frauenvertretung in Führungsgremien deutlich höher, wie eine gleichentzins veröffentlichte Umfrage des Beratungsunternehmens EY zeigt. Im Schnitt besteht ein Fünftel der Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte aus Frauen. Bei Firmen mit mehr als 100 Millionen Umsatz ist der Anteil schon erheblich geringer – bei 13 Prozent.

Der Schwung lässt nach

In den nächsten fünf Jahren dürfte der Frauenanteil aber wachsen, zeigte sich Guido Schilling, Chef der gleichnamigen Kadervermittlungsfirma, an der gestrigen Medienkonferenz in Zürich überzeugt. Grund seien die zahlreichen gut qualifizierten Anwärterinnen für künftige Spitzenpositionen.

Wichtig für die künftige Entwicklung seien zudem weibliche Vorbilder. An diesen könnten sich die nächsten Generationen orientieren. Es müsse in der Gesellschaft selbstverständlich werden, dass sowohl Frauen als auch Männer Karriere machen, sagte Schilling. Der Frauenanteil in den Verwaltungsräten hat sich ebenfalls gesteigert, allerdings lässt der Schwung nach. Nur noch ein Fünftel der Vakanzen wurde im vergangenen Jahr mit Frauen besetzt. Im Jahr 2015 war es noch ein Drittel.

Die Schweiz gerät damit international in Rückstand, wie Schilling erklärte. Damit riskiere die Schweizer Wirtschaft, dass sich politisch eine Frauenquote durchsetzen könnte. Ein Blick auf England zeige, dass mit starkem Engagement der Privatwirtschaft ein höherer Frauenanteil auch auf freiwilliger Basis möglich sei. Es sei wichtig, dass Firmenchefs und die Personalabteilungen die Geschlechterverteilung als erfolgreiche Unternehmensentwicklung ansehen würden, sagte Schilling.

Freiwillige Massnahmen statt Quoten seien denn auch das Motto des Arbeitgeberverbands, wie Valentin Vogt, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, an der Medienkonferenz sagte. 2014 habe der Verband unter anderem eine ausgewogenere Geschlechterverteilung in die Handlungsempfehlungen für Schweizer Unternehmen aufgenommen. 2016 folgte ein weiterer Grundsatzkatalog

für die Personalberatungsfirmen. Mit der Unterzeichnung verpflichten sich die Beratungsfirmen, sich aktiv für eine ausgewogene Geschlechtervertretung einzusetzen.

Verhaltenskodex unterzeichnet

Erfreulich sei, dass sämtliche 32 angefragten Kadervermittlungsfirmen den Verhaltenskodex unterzeichnet haben, sagte der Arbeitgeber-

Unerklärte Lohnunterschiede bleiben hoch

Neuenburg. Der Bundesrat will ein griffigeres Gleichstellungsgesetz. Die neusten Zahlen zu den Lohnunterschieden dürften die Regierung in diesem Vorhaben bestärken. In der Realität bleiben aber noch immer rund 40 Prozent der Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau unerklärt, lassen sich also nicht auf strukturelle Faktoren wie Unterschiede im Bildungsstand, Anzahl Dienstjahre oder die ausgeübte Kaderfunktion zurückführen. Während in den letzten Jahren die Lohnunterschiede insgesamt rückläufig waren und 2014 im privaten Sektor noch 19,5 Prozent betragen, verharrte der unerklärte Anteil auf hohem Niveau. Das zeigt die Lohnstrukturerhebung 2014, die das Bundesamt für Statistik (BFS) gestern veröffentlichte. Am eklatantesten sind die Unterschiede im Gastgewerbe. Hier lag der Anteil der

präsident. In Planung seien nun Handlungsempfehlungen für Unternehmen, die neue Mitglieder für ihre Verwaltungsräte suchen.

Vogt zeigte sich optimistisch, dass die Wirtschaft mit diesen Massnahmen eine bessere Vertretung der Frauen ohne Quoten erreichen kann. Ziel sei es, dass bis in vier Jahren die grössten 150 Unternehmen mindestens eine Verwaltungsrätin in ihren Reihen haben. SDA

unerklärten Lohndifferenz bei 65 Prozent oder durchschnittlich 295 Franken pro Monat. Im Detailhandel waren es knapp 57 Prozent oder 633 Franken, in der Maschinenindustrie gut 47 Prozent oder 883 Franken und in der Finanzindustrie gut 27 Prozent oder 1133 Franken pro Monat. Für den Gewerkschaftsbund (SGB) ist diese Diskrepanz inakzeptabel. In einer Mitteilung fordert der SGB Bund und Parlament zu einer Verschärfung des Gleichstellungsgesetzes auf. So sollen regelmässig unternehmensinterne Lohnüberprüfungen unter Einbezug der Gewerkschaften durchgeführt werden. Ganz so weit will der Bund nicht gehen. Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeitenden sollen verpflichtet werden, alle vier Jahre eine Lohnanalyse durchzuführen und diese von einer Revisionsstelle überprüfen zu lassen. SDA